

Breissteigerungen in den städtischen Betrieben.

Die Lohnzulagen in den Elektrizitätswerken. — Voraussichtliche Erhöhung des Strompreises um 100 Prozent. — Der Fahrpreis der Straßenbahn.

In den letzten Tagen war eine erfreuliche Steigerung in dem Einlaufe oberschlesischer Kohle zu verzeichnen. Durch die Beilegung der Streiks ist die Produktion im Ansteigen begriffen. Auch in westfälischer Kohle ist eine stärkere Zufuhr zu beobachten. Die in Berlin stattfindenden Verhandlungen bezwecken, eine Erhöhung der Zufuhren deutscher Kohle sicherzustellen. Gleichzeitig mit dieser günstigen Meldung kommt eine durchaus unerfreuliche Nachricht: Die Wiener Bevölkerung muß mit einer baldigen, möglicherweise bis zu 100 Prozent steigenden Erhöhung der elektrischen Strompreise rechnen.

Diese für die Zukunft des gesamten Wirtschaftslebens ganz außerordentlich bedeutungsvolle Maßregel — der Strompreis in Wien hat bekanntlich ohnehin eine enorme Verteuerung erfahren — wurde in der gestrigen Stadtratsitzung angekündigt, in der die Gewährung von Lohnerhöhungen an die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke beschlossen wurde. Nach zehn Dienstjahren sollen die Arbeiter definitiv werden, nach einem Jahre Arbeitsleistung sollen sie statt des Taglohnes Wochenlohn und außerordentliche Zuschüsse erhalten. Diese Lohnerhöhungen erfordern 4,5 Millionen Kronen, die Mehrkosten für die Einführung des Achtstundentages 1,6 Millionen Kronen.

Der Direktor der städtischen Elektrizitätswerke Karel erwähnte in diesem Zusammenhange, daß die Kohlenpreise in der letzten Zeit sprunghaft gestiegen seien, so daß die jetzige minderwertige Kohle per Waggon auf ungefähr 3000 K. zu stehen komme, während dieselbe Menge im Jahre 1914 in besserer Qualität 215 K. gelöstet habe. Es werde daher wegen der Bedeckung für diese Anslagen an den Gemeinderat um Erhöhung des Strompreises herangetreten werden.

Aus dem Stadtrate verlautete nicht bloß, daß diese Erhöhung bis zu 100 Prozent des gegenwärtigen Strompreises betragen, sondern daß die hohen Kohlenpreise auch nicht ohne Einfluß auf die Gaspreise sowie auf den Fahrpreistarif der Straßenbahnen bleiben werden. Wenn dies alles nicht ausreichen sollte, die wachsenden Mehrauslagen der städtischen Betriebe zu decken, würde man sich auch zu einer Erhöhung der städtischen Umlagen entschließen müssen.

Der „Abbau der Preise“ fängt also für die Wiener auch auf dem Gebiete der städtischen Betriebe vielversprechend an! Selbstverständlich ist in der Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen, und die Öffentlichkeit erwartet zuverlässlich, daß der Stadtrat und der Gemeinderat es sich wohl überlegen werden, den breiten Schichten der Bevölkerung, die schon längst an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt sind, neue unerträgliche Lasten aufzuerlegen.